

Habersack / Verse

Europäisches Gesellschaftsrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europäisches Gesellschaftsrecht

Einführung für Studium und Praxis

von

Dr. Mathias Habersack

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

und

Dr. Dirk A. Verse

M.Jur. (Oxford), o. Professor an der
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

6. Auflage

2026



Zitiervorschlag entsprechend der Beck'schen Redaktionsrichtlinie:
Habersack/Verse, EuGesR § ... Rn. ...

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 80877 7

© 2026 Verlag C.H.BECK GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Medienservice Frauchiger e.K.
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen



chbeck.de/nachhaltig
produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 6. Auflage

Knapp sieben Jahre nach Erscheinen der 5. Auflage legen wir eine Neuauflage des „Europäischen Gesellschaftsrechts“ vor. Erneut waren gewichtige neue Sekundärrechtsakte abzubilden. Neben der Richtlinie vom 14. Dezember 2022 über die Ausweitung der Pflicht der Unternehmen zur Nachhaltigkeitsberichtserstattung hat insbesondere die Mobilitätsrichtlinie vom 27. November 2019 wesentliche Neuerungen mit sich gebracht. In Ergänzung der Richtlinie vom 26. Oktober 2005 über die grenzüberschreitende Verschmelzung regelt sie nun den grenzüberschreitenden Formwechsel und die grenzüberschreitende Spaltung und garantiert damit den Kapitalgesellschaften auch sekundärrechtlich die umfassende Mobilität innerhalb der EU, die der EuGH zuvor bereits aus der Niederlassungsfreiheit hergeleitet hatte. Die beiden Digitalisierungsrichtlinien vom 20. Juni 2019 und vom 19. Dezember 2024 haben dem Kapitalgesellschaftsrecht einen weiteren Digitalisierungsschub verordnet, der sich u.a. in der Möglichkeit der online-Gründung widerspiegelt; zudem sind durch letztere Richtlinie die unionsrechtlichen Vorgaben zur Registerpublizität erstmals auf Personenhandelsgesellschaften ausgedehnt worden. Zu nennen sind ferner die Geschlechterquoten-Richtlinie vom 23. November 2022 und die als Teil des EU Listing Act verabschiedete Mehrstimmrechte-Richtlinie vom 23. Oktober 2024.

Wie schon in der Voraufgabe galt es zudem, zahlreiche Grundsatzentscheidungen des EuGH und des BGH sowie die kaum mehr zu überblickende Literatur zum Europäischen Gesellschaftsrecht zu verarbeiten. Sämtliche Kapitel des Buches mussten deshalb gründlich überarbeitet, nicht wenige Abschnitte sogar völlig neu verfasst werden. An der bewährten Konzeption des Buches haben wir aber festgehalten. Unser Dank gilt der tatkräftigen Unterstützung durch unsere Mitarbeiter, am Heidelberger Lehrstuhl allen voran Frau Dr. Nina Benz M.Jur. (Oxford).

Die Neuauflage befindet sich auf dem Stand von März 2025; einzelne neue Entwicklungen konnten noch bis September 2025 berücksichtigt werden.

München, Heidelberg, im September 2025

Mathias Habersack, Dirk A. Verse

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Das Gesellschaftsrecht ist wie kaum ein anderer Bereich des Privatrechts durch europäisches Sekundärrecht beeinflusst. Neben der Verordnung über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung sind es im wesentlichen neun Richtlinien, die zur Europäisierung des Gesellschaftsrechts beigetragen haben. Inhaltlich betreffen diese Richtlinien nahezu sämtliche Bereiche des Gesellschaftsrechts, ferner das allgemeine Handels- und Bilanzrecht. Bei der Arbeit mit Gesetzes-sammlungen, Lehrbüchern und Kommentaren zum nationalen Recht bleiben die Vorgaben des europäischen Rechts freilich zumeist verborgen. Dies muß schon deshalb verwundern, weil den Richtlinien im Rahmen der Auslegung des nationalen Rechts große Bedeutung zukommt, ein Verzicht auf die Heranziehung des europäischen Sekundärrechts, der entsprechenden Materialien und der einschlägigen Entscheidungen insbesondere des EuGH deshalb gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ein wichtiges Hilfsmittel auf der Suche nach dem „richtigen“ Recht ist.

Das vorliegende Buch will diese Lücke schließen. Es wendet sich an den Studierenden und an den Praktiker des Gesellschaftsrechts gleichermaßen. In seinem ersten Teil führt es in die EG-vertraglichen Grundlagen der Angleichung und Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts ein. Der zweite Teil ist den verabschiedeten Richtlinien und der unmittelbar vor der Verabschiedung stehenden Takeover-Richtlinie gewidmet. Er will den Leser mit dem wesentlichen Inhalt und der Systematik dieser Richtlinien vertraut machen und den von ihnen ausgehenden Einfluß auf das deutsche Handels- und Gesellschaftsrecht im einzelnen darlegen. Zu diesem Zweck werden auch die Umsetzungsakte des deutschen Gesetzgebers und etwaige Umsetzungsdefizite aufgezeigt. Gegenstand des dritten Teils ist im wesentlichen die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung als die bislang einzige supranationale Rechtsform; darüber hinaus wird die noch nicht eingeführte Europäische Aktiengesellschaft in ihren Grundzügen dargestellt. Das Buch will schließlich den Zugang zu den Vorschriften des Europäischen Gesellschaftsrechts erleichtern. Es gibt deshalb den Text der bislang verabschiedeten Richtlinien und der EWIV-Verordnung wieder und erfüllt somit zugleich die Aufgabe einer Textsammlung.

Regensburg, im November 1998

Mathias Habersack

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen Gesellschaftsrecht	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

Einführung

§1 Gegenstand und Anliegen des Buches	1
§2 Gang der Darstellung	5

Teil 1. Grundlagen

§3 Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts	7
§4 Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts	72

Teil 2. Die gesellschaftsrechtlichen Richtlinien

§5 Handelsrechtliche Publizität	111
§6 Das Kapital der Aktiengesellschaft	285
§7 Aktionärsrechte	344
§8 Verschmelzung, Spaltung und formwechselnde Umwandlung	441
§9 Die Rechnungslegung der Gesellschaften	499
§10 Die Einpersonengesellschaft	545
§11 Übernahmeangebote	567

Teil 3. Supranationale Rechtsformen

§ 12 Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	617
§ 13 Die Europäische Aktiengesellschaft (SE)	635
§ 14 Die Europäische Genossenschaft (SCE)	729
§ 15 Die Europäische Privatgesellschaft (SPE)	737
Sachverzeichnis	745


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Verzeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen Gesellschaftsrecht	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

Einführung

§ 1 Gegenstand und Anliegen des Buches	1
I. Gegenstand	1
II. Anliegen	4
§ 2 Gang der Darstellung	5

Teil 1. Grundlagen

§ 3 Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts	7
I. Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit und die Rolle des Gesellschaftsrechts	7
1. Die Niederlassungsfreiheit	11
a) Ausprägungen und Inhalt der Niederlassungsfreiheit im Überblick	11
b) Die Niederlassungsfreiheit als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	12
aa) Vom Diskriminierungs- zum Beschränkungsverbot	12
bb) Die „Keck“-Rechtsprechung des EuGH (Begrenzung auf marktzu- gang relevante Beschränkungen)	14
cc) Die Grundfreiheiten und das Handeln Privater	17
c) Niederlassungsfreiheit und rechtsformwahrende Sitzverlegung	19
aa) Entwicklung und Stand der Rechtsprechung des EuGH	20
(1) Ausgangspunkt: „Daily Mail“	20
(2) Zuzugsbeschränkungen: Die Entscheidungstrias „Centros“, „Überseering“, „Inspire Art“ und die neueren Urteile „Kornhaas“ und „Edil Work 2“	21
(3) Wegzugsbeschränkungen: „Cartesio“ und „National Grid Indus“ ..	27
bb) Folgen für das deutsche Recht	29
(1) Übergang zur Gründungstheorie in Bezug auf EU-Auslandsge- sellschaften; Wettbewerb der Rechtsformen	29
(2) Anwendbarkeit nationaler Schutzvorschriften auf EU-Auslands- gesellschaften?	32
(3) Wegzugsfreiheit für deutsche Gesellschaften	36

d)	Niederlassungsfreiheit und grenzüberschreitende Umwandlungen	37
aa)	Leitentscheidungen des EuGH.	37
(1)	„Sevic“: Grenzüberschreitende Verschmelzung als von der Niederlassungsfreiheit geschützte Tätigkeit	37
(2)	„Cartesio“ und „Vale“: Anerkennung des grenzüberschreitenden Formwechsels	38
(3)	„Polbud“: Ausdehnung der Formwechselfreiheit auf die isolierte Satzungssitzverlegung	41
bb)	Folgen für das deutsche Recht	43
e)	Perspektiven.	44
2.	Die Kapitalverkehrsfreiheit	45
a)	Inhalt der Kapitalverkehrsfreiheit im Überblick	45
b)	Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	46
c)	Kapitalverkehrsfreiheit und „goldene Aktien“	48
aa)	Allgemeines	48
bb)	Der Streit um das VW-Gesetz im Besonderen	50
II.	Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung und seine Ausprägungen auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts	52
1.	Das Prinzip	52
2.	Grundlagen der Harmonisierung des Gesellschaftsrechts	52
a)	Art. 50 Abs. 2 lit. g AEUV	52
b)	Art. 114, 352 AEUV	54
c)	Art. 292 AEUV	55
III.	Sekundärrechtliche Quellen des Europäischen Gesellschaftsrechts im Allgemeinen	55
1.	Die Richtlinie	56
a)	Grundlagen	56
b)	Maßnahmen gegen das Auseinanderdriften des angeglichenen Rechts.	58
c)	Richtlinie und nationales Recht	58
aa)	Keine unmittelbare Wirkung der Richtlinie im Horizontalverhältnis	58
bb)	Richtlinienkonforme Auslegung und Rechtsfortbildung des angeglichenen Rechts	60
cc)	Die Auslegung der Richtlinie	64
dd)	Die überschießende Umsetzung von Richtlinien	66
ee)	Vorwirkung der Richtlinie	68
d)	Richtlinie und strengeres nationales Recht	69
2.	Die Verordnung	70
a)	Rechtsnatur und -wirkungen	70
b)	Regelungsgegenstand	71
3.	Die Empfehlung	71
§ 4	Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts	72
I.	Angleichung des nationalen Gesellschaftsrechts	75
1.	Überblick.	75
2.	Ursprüngliches Harmonisierungskonzept	77
3.	Gescheiterte Angleichungsvorhaben	81
a)	Organisationsverfassung der AG	81
aa)	Mitbestimmung	81
bb)	Leistungsstruktur der AG	82
cc)	Aufgabe des umfassenden Angleichungsvorhabens	83
b)	Konzernrecht.	83
4.	Übergang zur Kernbereichsharmonisierung (Aktionspläne 2003 und 2012)	85

5. Ausgewählte neuere Entwicklungen und Perspektiven	87
a) Corporate Governance	87
aa) Verwaltungsorgane (insbesondere Berichterstattung, Unabhängig- keit, Vergütung, Geschlechterquote)	88
bb) Abschlussprüfer	91
cc) Aktionäre	92
dd) Bisher nicht realisierte Angleichungsvorhaben	92
b) Grenzüberschreitende Mobilität	94
aa) Grenzüberschreitende Umwandlungsvorgänge	94
bb) Gesellschaftskollisionsrecht	95
c) Konzernrecht	96
aa) Konzernleitung (Anerkennung des Gruppeninteresses)	96
bb) Konzerntransparenz	99
d) Digitalisierung	99
e) Nachhaltigkeit	100
f) Das Projekt eines „28. Regimes“	103
II. Supranationale Rechtsformen	104
1. Grundlagen	104
2. Überblick und Perspektiven	105
III. Der European Model Company Act	108

Teil 2. Die gesellschaftsrechtlichen Richtlinien

§5 Handelsrechtliche Publizität	111
I. Handelsrechtliche Publizität von Kapital- und Personenhandelsgesellschaften ..	111
1. Grundlagen	113
a) Entstehung und ursprüngliche Regelungskonzeption	113
b) Änderungen und Erweiterungen	114
c) Systematischer Zusammenhang mit anderen Richtlinienbestimmungen ..	116
d) Höchst- oder Mindestregelung?	117
e) Umsetzung in das deutsche Recht	117
f) Betroffene Gesellschaften	119
2. Wesentliche Regelungsbereiche	120
a) Offenlegung	120
aa) Publizitätsmittel	120
bb) Publizitätsgegenstände	122
(1) Von Kapitalgesellschaften offenzulegende Unterlagen und Infor- mationen	123
(2) Von Personenhandelsgesellschaften offenzulegende Unterlagen und Informationen	127
(3) Informationen über Konzerne	128
cc) Publizitätswirkungen	129
(1) Negative Publizität	129
(2) Positive Publizität?	129
(3) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	131
b) Wirksamkeit der von der Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen ...	132
aa) Handeln im Namen der werdenden juristischen Person	133
bb) Fehlerhafte Bestellung des Organwalters	134
cc) Grundsatz der unbeschränkten und unbeschränkbareren Vertretungs- macht	135
dd) Einzel- und Gesamtvertretungsmacht	139

c)	Gründungskontrolle und Nichtigkeit der Gesellschaft	140
aa)	(Vorbeugende) Gründungskontrolle	141
bb)	Nichtigkeitsgründe und Rechtsfolgen der Nichtigkeit	142
d)	Ausgewählte sonstige Bestimmungen zum Gründungs- und Registerverfahren	145
aa)	Online-Gründung der GmbH	145
bb)	Disqualifizierte Geschäftsleiter von Kapitalgesellschaften	146
cc)	Digitale EU-Vollmacht	147
II.	Handelsrechtliche Publizität von Zweigniederlassungen	148
1.	Grundlagen	148
a)	Entstehung und Regelungskonzeption	148
b)	Änderungen und Erweiterungen	149
c)	Höchst- oder Mindestregelung?	150
d)	Umsetzung in das deutsche Recht	152
2.	Anwendungsbereich	153
3.	Der Begriff der Zweigniederlassung	154
4.	Offenlegungspflichten für Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus anderen Mitgliedstaaten	155
5.	Offenlegungspflichten für Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus Drittstaaten	157
6.	Sanktionen	158
III.	Text der Gesellschaftsrechts-Richtlinie	159
§ 6	Das Kapital der Aktiengesellschaft	285
I.	Grundlagen	288
1.	Entwicklung	288
2.	Anwendungsbereich	290
3.	Inhalt der Richtlinienvorgaben im Überblick	290
4.	Höchst- oder Mindestregelung?	291
5.	Umsetzung in das deutsche Recht	292
II.	Die Vorschriften zur Gründung der Aktiengesellschaft	293
1.	Mindestangaben über die Gesellschaft	293
2.	Haftung der Gesellschaft bei einzelstaatlichem Genehmigungsvorbehalt	295
3.	Absinken der Zahl der Aktionäre	296
III.	Der Grundsatz des festen Kapitals	296
1.	Funktion	296
2.	Rechtspolitische Diskussion und Perspektiven	297
3.	Zerlegung in Aktien	300
IV.	Die Aufbringung des Kapitals	301
1.	Einlageverpflichtung des Aktionärs	301
a)	Allgemeines	301
b)	Fälligkeit, Mindesteinzahlungserfordernis	301
2.	Gegenstand der Einlage	303
a)	Bar- und Sacheinlagen	303
b)	Nachgründung	306
c)	Sachübernahmen und verdeckte Sacheinlagen	308
V.	Die Erhaltung des Kapitals	311
1.	Ausschüttungen an Aktionäre	311
a)	Die Vorgaben der Art. 56 und 57 GesR-RL	311
b)	Weitergehendes nationales Recht	313
c)	Mögliche Umsetzungsdefizite (insbesondere Lockerung des Kapitalschutzes im Konzernrecht)	314

2.	Einberufungs- und Informationspflicht bei schweren Verlusten	317
a)	Die Vorgaben des Art. 58 GesR-RL	317
b)	Richtlinienkonforme Auslegung des § 92 Abs. 1 AktG	318
3.	Eigene Aktien	319
a)	Grundlagen	319
b)	Zeichnung eigener Aktien	321
c)	Erwerb eigener Aktien	322
4.	Finanzielle Unterstützung	325
VI.	Kapitalmaßnahmen	327
1.	Überblick	327
2.	Kapitalerhöhung	328
a)	Zuständigkeit der Hauptversammlung	328
b)	Mehrheitserfordernis	331
c)	Anwendbarkeit auf Ausgabe von Wandel- und Optionsanleihen	332
d)	Genehmigtes Kapital	332
e)	Publizität	333
f)	Die Aufbringung des neuen Kapitals	333
g)	Bezugsrecht der Aktionäre	334
aa)	Funktion und Reichweite	334
bb)	Barkapitalerhöhung	335
cc)	Sachkapitalerhöhung	338
3.	Kapitalherabsetzung	338
VII.	Gleichbehandlungsgrundsatz	340
1.	Vorgaben der Gesellschaftsrechts-, Transparenz- und Aktionärsrechterichtlinie	340
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	342
VIII.	Text der Richtlinie	343
§ 7	Aktionärsrechte	344
I.	Überblick	346
1.	Aktionärsrechterichtlinie	346
2.	Änderungen, insbesondere Änderungsrichtlinie 2017	348
3.	Richtlinie über Mehrstimmrechtsaktien	349
II.	Aktionärsrechterichtlinie	350
1.	Grundlagen	350
a)	Anwendungsbereich	350
b)	Mindestregelung	350
c)	Umsetzung in das deutsche Recht	351
2.	Allgemeine Mindeststandards für Hauptversammlungen (Art. 4 bis 9, 10 bis 14)	351
a)	Gleichbehandlung der Aktionäre	351
b)	Einberufung der Hauptversammlung	351
aa)	Einberufungsfrist	352
bb)	Form der Einberufung	352
cc)	Inhalt der Einberufung	353
dd)	Ergänzungsanträge und Beschlussvorschläge von Aktionären	354
c)	Teilnahme an der Hauptversammlung	356
aa)	Teilnahmevoraussetzungen	356
bb)	Fernteilnahme	357
(1)	Teilnahme auf elektronischem Wege	357
(2)	Abstimmung per Brief vor der Hauptversammlung	360
cc)	Auskunftsrecht	360

dd) Unmittelbare und mittelbare Stellvertretung	363
(1) Materielle Voraussetzungen der Bevollmächtigung	363
(2) Form der Bevollmächtigung	365
(3) Mittelbare Stellvertretung	366
ee) Abstimmungsergebnisse	367
3. Besondere Beschlussgegenstände (Art. 9a bis 9c)	367
a) Vergütungspolitik und Vergütungsbericht (say on pay)	367
aa) Grundlagen	367
bb) Vergütungspolitik	370
(1) Aufstellung und Inhalt der Vergütungspolitik	370
(2) Abstimmung über die Vergütungspolitik	371
(3) Offenlegung der Vergütungspolitik	372
cc) Vergütungsbericht	373
(1) Aufstellung, Inhalt und Prüfung des Vergütungsberichts	373
(2) Abstimmung über den Vergütungsbericht	374
(3) Offenlegung des Vergütungsberichts	374
dd) Umsetzung in das deutsche Recht	374
b) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen (related party transactions)	376
aa) Grundlagen	376
bb) Anwendungsbereich	377
(1) Nahestehende Personen und Unternehmen	377
(2) Geschäfte	378
(3) Wesentlichkeit des Geschäfts, Zusammenrechnung mehrerer Geschäfte	380
cc) Offenlegungserfordernis und Fairness Opinion	381
(1) Offenlegung spätestens mit Abschluss des Geschäfts	381
(2) Offenlegung wesentlicher Geschäfte von Tochtergesellschaften	382
(3) Fairness opinion (Mitgliedstaatenwahlrecht)	383
(4) Verhältnis zur ad-hoc-Publizität	384
dd) Zustimmungserfordernis	384
ee) Ausnahmen	387
(1) Geschäfte im ordentlichen Geschäftsgang zu marktüblichen Konditionen	387
(2) Bestimmte konzerninterne Geschäfte	388
(3) Bestimmte Geschäfte mit Zustimmung der Hauptversammlung	390
(4) Weitere Ausnahmen	391
ff) Umsetzung in das deutsche Recht	391
4. Sonstige Bestimmungen (Art. 3a bis 3k)	392
a) Identifizierung der Aktionäre, Übermittlung von Informationen und Erleichterung der Ausübung von Aktionärsrechten	392
b) Transparenzanforderungen an institutionelle Anleger, Vermögensverwalter und Stimmrechtsberater	394
aa) Transparenzanforderungen an institutionelle Anleger und Vermögensverwalter	394
bb) Transparenzanforderungen an Stimmrechtsberater	396
cc) Umsetzung in das deutsche Recht	397
III. Richtlinie über Mehrstimmrechtsaktien	397
1. Grundlagen, Zielsetzung	397
2. Anwendungsbereich	399
3. Mindestregelung	400
4. Zulässigkeit der Einführung von Mehrstimmrechtsaktien	401

5. Schutzvorkehrungen zugunsten der übrigen Aktionäre	402
6. Transparenzvorgaben	404
7. Umsetzung in das deutsche Recht	404
IV. Richtlinienetze	405
1. Text der Aktionärsrechterichtlinie	405
2. Text der Richtlinie über Mehrstimmrechtsaktien	431
§ 8 Verschmelzung, Spaltung und formwechselnde Umwandlung	441
I. Überblick	444
II. Innerstaatliche Verschmelzung	445
1. Grundlagen	445
2. Umsetzung in das deutsche Recht	447
3. Betroffene Gesellschaften	449
4. Innerstaatliche Verschmelzung	449
5. Die erfassten Verschmelzungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen	450
a) Verschmelzung durch Aufnahme und Verschmelzung durch Neugrün- dung	450
b) Verschmelzung im Konzern	451
c) Der Verschmelzung gleichgestellte Vorgänge	452
d) Die Rechtsfolgen der Verschmelzung	453
e) Das Schutzbedürfnis auf Seiten der Gläubiger und der Aktionäre	455
6. Der Schutz der Aktionäre	456
a) Vorgaben der Richtlinie	456
aa) Überblick	456
bb) Pflichten der Organwalter und Prüfer	457
cc) Informations- und Beteiligungsrecht der Aktionäre	457
dd) Haftung der Organwalter und der Berichtsprüfer	458
ee) Gerichtliche Kontrolle, Wirksamwerden und Offenlegung der Ver- schmelzung	459
b) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	459
7. Der Schutz der Gläubiger	461
8. Fehlerhafte Verschmelzung	463
III. Grenzüberschreitende Verschmelzung	464
1. Grundlagen	464
2. Umsetzung in das deutsche Recht	466
3. Anwendungsbereich	467
a) Persönlicher Anwendungsbereich	467
b) Sachlicher Anwendungsbereich	469
c) Verhältnis zu Art. 49, 54 AEUV	470
4. Verhältnis zum Recht der innerstaatlichen Verschmelzung	471
5. Verschmelzungsverfahren und -folgen	471
a) Plan, Bericht und Prüfung	471
b) Beschlussfassung	472
c) Rechtmäßigkeitskontrolle	472
d) Schutz der Gesellschafter, der Gläubiger und der Arbeitnehmer	473
e) Wirksamwerden, Eintragung und Rechtsfolgen	474
6. Mitbestimmung	475
IV. Innerstaatliche Spaltung	479
1. Grundlagen	479
2. Umsetzung in das deutsche Recht	481
3. Die erfassten Spaltungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen	481
a) Kennzeichen der Spaltung und Verhältnis zur Verschmelzung	481

b)	Spaltung zur Aufnahme und Spaltung zur Neugründung	482
aa)	Überblick	482
bb)	Spaltung durch Übernahme	482
cc)	Spaltung durch Gründung neuer Gesellschaften	483
dd)	Rechtsfolgen	483
(1)	Übergang des gesamten Vermögens	483
(2)	Aktientausch	484
(3)	Erlöschen der Gesellschaft	485
c)	Sonderfall: Fortbestand der gespaltenen Gesellschaft	485
d)	Kein abschließender Charakter der Art. 135 ff.	486
e)	Der Schutz der Aktionäre	487
aa)	Die Vorgaben der Richtlinie	487
bb)	Umsetzung in das deutsche Recht	488
f)	Der Schutz der Gläubiger	488
aa)	Die Vorgaben der Richtlinie	488
bb)	Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	490
g)	Fehlerhafte Spaltung	491
V.	Grenzüberschreitende Spaltung	491
1.	Grundlagen	491
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	492
3.	Anwendungsbereich	492
a)	Persönlicher Anwendungsbereich	492
b)	Sachlicher Anwendungsbereich	493
4.	Spaltungsverfahren	493
5.	Schutz der Gesellschafter, der Gläubiger und der Arbeitnehmer	494
6.	Wirksamwerden, Eintragung und Rechtsfolgen	495
VI.	Grenzüberschreitender Formwechsel	495
1.	Grundlagen	495
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	496
3.	Anwendungsbereich	496
a)	Persönlicher Anwendungsbereich	496
b)	Sachlicher Anwendungsbereich	497
4.	Formwechselverfahren	497
5.	Schutz der Gesellschafter, der Gläubiger und der Arbeitnehmer	498
6.	Wirksamwerden, Eintragung und Rechtsfolgen	498
VII.	Text der Richtlinie	498
§ 9	Die Rechnungslegung der Gesellschaften	499
I.	Einführung	503
1.	Zweck und Konzeption des europäischen Bilanzrechts	503
2.	Bestand und Entwicklung des europäischen Bilanzrechts im Überblick	505
a)	Jahresabschlussrichtlinie und Richtlinie über den konsolidierten Abschluss	505
b)	Überführung in die Bilanzrichtlinie; Nachhaltigkeitsberichterstattung	508
c)	IAS-Verordnung, Sonderbilanzrecht, Abschlussprüfung	510
II.	Die Bilanzrichtlinie	511
1.	Grundlagen	511
a)	Einzelabschluss	511
b)	Konzernabschluss	511
2.	Umsetzung in das deutsche Recht	512
a)	Die Umsetzungsgesetzgebung im Überblick	512
b)	Einheitliche Auslegung der §§ 238 ff. HGB?	515

c) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	517
3. Größenspezifische Rechnungslegung; Sonderregeln für Unternehmen von öffentlichem Interesse	518
4. Jahresabschluss nebst Lagebericht	520
a) Bilanz	520
b) Gewinn- und Verlustrechnung	521
c) Anhang	521
d) Lagebericht	522
5. Konzernabschluss nebst Konzernlagebericht	525
a) Kontrollatbestände und Beherrschungsmöglichkeit	525
b) Sitzunabhängige Konsolidierung	526
c) Die erfassten Rechtsformen	526
d) Ausnahmen von der Konsolidierung	526
e) Konsolidierungskreis	527
f) Der Grundsatz der Vollkonsolidierung	528
g) Bestandteile der Konzernrechnungslegung	530
6. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und ihr Verhältnis zum Einblicksgebot	530
a) Die einzelnen Grundsätze	530
b) True and fair view als vorrangiges Ziel der Rechnungslegung	531
c) Folgerungen für das deutsche Recht	534
7. Prüfung und Offenlegung	535
III. Die IAS-Verordnung	536
1. Grundlagen	536
2. Anwendungsbereich	538
3. Übernahme und Anwendung der IFRS	539
IV. Abschlussprüfer-Richtlinie und Abschlussprüfer-Verordnung	540
1. Grundlagen	540
2. Umsetzung in das deutsche Recht	541
3. APRL und APVO im Überblick	542
§ 10 Die Einpersonengesellschaft	545
I. Grundlagen	546
1. Entwicklung	546
2. Wesentlicher Inhalt und Zweck der Richtlinie	547
3. Anwendungsbereich	548
4. Umsetzung in das deutsche Recht	548
II. Die Zulässigkeit der Einpersonengesellschaft	549
1. Der Tatbestand und die Gründung der Einpersonengesellschaft	549
2. Die Einschaltung eines Strohmanns	550
3. Das Einpersonen-Unternehmen mit beschränkter Haftung	550
4. Die Zugangsbeschränkungen des Art.2 Abs.2	551
a) Reichweite	551
b) Abschließender Charakter?	552
III. Die Schutzbestimmungen der Art.3 bis 5	554
1. Publizität	554
2. Beschlussfassung	555
3. In-sich-Geschäfte	555
IV. Das Projekt einer Societas Unius Personae (SUP)	557
1. Grundkonzeption, Stand und Perspektiven	557
2. Grundzüge der SUP	559
a) Rechtsnatur, anwendbares Recht, Sitz	559

b) Gründung	560
c) Kapitalaufbringung und -erhaltung	560
d) Weisungsrecht/Konzernleitungsmacht des Alleingeschafters	561
V. Text der Einpersonengesellschafts-Richtlinie	562
§ 11 Übernahmeangebote	567
I. Entwicklung	570
1. Gescheiterte Anläufe	570
2. Kompromisslösung	572
3. Reformperspektiven	574
II. Grundlagen	575
1. Schutzzweck	575
2. Mindest- und Maximalharmonisierung	577
3. Anwendungsbereich	578
4. Umsetzung in das deutsche Recht	578
III. Der Ablauf von Übernahmeangeboten	579
1. Verfahrensgrundsätze	579
2. Aufsicht	581
IV. Schutz der Minderheitsaktionäre durch das Pflichtangebot	582
1. Konzeption und Voraussetzungen (Kontrollerwerb)	582
2. Ausgestaltung im Einzelnen (insbesondere Mindestpreis)	586
3. Befreiung vom Pflichtangebot	589
4. Sanktionen, Rechtsschutz der Aktionäre	590
V. Verhinderungsverbot und Durchbrechungsregel	592
1. Grundsatz	592
2. Optionsrechte	593
3. Umsetzung	594
VI. Ausschluss von Minderheitsaktionären und Andienungsrecht	595
1. Überblick	595
2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	596
3. Umsetzung	598
VII. Text der Übernahmerichtlinie	600

Teil 3. Supranationale Rechtsformen

§ 12 Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	617
I. Grundlagen	617
1. Rechtsgrundlagen	617
2. Der supranationale Charakter der EWIV	619
3. Die Funktion der EWIV	619
II. Gründung und Rechtsnatur der EWIV	620
1. Gründung	620
a) Gründungsvertrag	620
b) Offenlegung	621
c) Mitglieder	622
d) Zweck	623
2. Rechtsnatur vor und nach Eintragung	624
III. Die Organisationsverfassung der EWIV	625
1. Notwendige Organe	625
2. Die Willensbildung der EWIV	626
3. Geschäftsführung und Vertretung	626

IV.	Veränderungen im Mitgliederbestand der EWIV	627
1.	Übertragung	627
2.	Ausscheiden eines Mitglieds	628
3.	Aufnahme neuer Mitglieder	628
V.	Die Haftung der Mitglieder	628
1.	Der Grundsatz der unbeschränkten Haftung	628
2.	Die Ausgestaltung der Haftung	629
a)	Unbeschränkte Außenhaftung	629
b)	Akzessorietät	629
c)	Subsidiarität	630
d)	Inhalt der Haftung	630
3.	Die Haftung des eintretenden Mitglieds	630
4.	Die Haftung des ausgeschiedenen Mitglieds	631
5.	Die Rechtslage nach Beendigung der EWIV	632
VI.	Auflösung und Abwicklung der EWIV	632
1.	Auflösung	632
2.	Abwicklung	633
3.	Insolvenz	633
§ 13	Die Europäische Aktiengesellschaft (SE)	635
I.	Grundlagen	638
1.	Entwicklung	638
2.	Funktionen, Verbreitung und Perspektiven der SE	641
3.	Hierarchie der Rechtsquellen	646
II.	Rechtsnatur, Sitz und Kapital der SE	648
1.	Rechtsnatur; Gleichbehandlung mit AG	648
2.	Sitz und Sitzverlegung	649
3.	Kapital	651
III.	Gründung der SE	651
1.	Allgemeine Zugangsbeschränkungen	651
2.	Die einzelnen Gründungsformen	652
a)	Verschmelzung	652
b)	Holding-Gründung	653
c)	Tochter-SE	654
d)	Formwechsel	655
e)	Sekundärgründung	655
3.	Das Verfahren der Gründung; Publizität	656
IV.	Die Organisationsverfassung der SE	656
1.	Überblick	656
2.	Leitung und Überwachung	657
a)	Allgemeine Vorschriften	657
b)	Dualistisches System	660
c)	Monistisches System	661
d)	Mitbestimmung der Arbeitnehmer	663
aa)	Überblick	663
bb)	Vereinbarte Mitbestimmung	664
cc)	Auffangregelung	668
3.	Hauptversammlung	672
V.	Konzernrecht	673
VI.	Texte zur SE	674
1.	SE-Verordnung	674
2.	SE-Ergänzungsrichtlinie	698

3. SE-Ausführungsgesetz	710
4. §§ 34 ff. SEBG	726
§ 14 Die Europäische Genossenschaft (SCE)	729
I. Grundlagen	729
1. Entwicklung	729
2. Zweck der SCE	730
3. Rechtsquellen	731
II. Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SCE	731
1. Rechtsnatur und Kapital	731
2. Sitz und Sitzverlegung	732
III. Gründung der SCE	732
1. Mehrstaatlichkeitserfordernis	732
2. Die einzelnen Gründungsformen	733
3. Verfahren der Gründung; Publizität	734
IV. Die Organisationsverfassung der SCE	734
1. Überblick	734
2. Leitung und Überwachung	735
a) Gemeinsame Vorschriften für das monistische und das dualistische System	735
b) Beteiligung der Arbeitnehmer	735
c) Monistisches und dualistisches System	735
d) Die Generalversammlung	736
§ 15 Die Europäische Privatgesellschaft (SPE)	737
I. Grundlagen	738
1. Stand und Perspektiven	738
2. Rechtsquellen	739
II. Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SPE	740
1. Rechtsnatur	740
2. Kapital	740
3. Sitz und Sitzverlegung	741
III. Gründung der SPE	742
1. Gründungsformen und -verfahren	742
2. Mehrstaatlichkeitserfordernis?	743
IV. Mitbestimmung der Arbeitnehmer	743
Sachverzeichnis	745